



**Entwurf**  
für ein  
**Manifest**

Wir, die Bunte Linke, sind ein lockeres Bündnis von Einzelpersonen und Gruppen, die – ungeachtet verschiedener Anschauungen und Herkunft – der Wille eint, die gesellschaftliche Entwicklung nicht tatenlos hinzunehmen. Wir wollen jedenfalls auf der örtlichen Ebene denen eine Diskussions- und Handlungsgrundlage geben, die unsere Einschätzung der Ziele und Möglichkeiten kommunaler Politik im Groben teilen. In vielem sind wir verschiedener Auffassung; vieles auch ist uns unklar. Und doch können wir unsere Einschätzungen und Ziele hinreichend deutlich umreißen, um all diejenigen zur Diskussion und Mitwirkung einzuladen, die in diesen Zielen Teile ihrer eigenen Anliegen und Wünsche wiederfinden können.

## **Die Welt und die Stadt, in der wir leben**

Für jeden ist spürbar, daß die Politik und die Politiker ratloser sind denn je. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozess läuft ab, als werde er von unheilvollen Kräften bestimmt, eher einer Naturkatastrophe ähnlich als einem überlegt gesteuerten Geschehen. Politische und wirtschaftliche Maßnahmen sind – so scheint es – in der Krise nicht Heilmittel, sondern Experimente in der Hoffnung, es werde

wenn nicht gut, so doch irgendwie, irgendwann besser gehen. Krisenhafte Erscheinungen und wirtschaftliche Schwächen machen die Tatsache nicht vergessen, daß es sich um Entwicklungen in einem bestimmten System, mit feststellbaren Ursachen und Verantwortungen, maßlosen Bereicherungen einzelner und zunehmender Besitzlosigkeit vieler handelt. Daß die Rede von Flexibilisierung, Deregulierung, Globalisierung diskreter geworden ist, ändert nichts daran, daß die diesen Begriffen entsprechende Denkungsart im Grunde unverändert wirkt. Von den Bürgern wird verlangt, daß sie flexibel sind und bereit zur Anpassung und – gerade in Zeiten der Krise – zum Verzicht. Diese Forderungen werden begleitet von einem fortschreitenden Sozialabbau und einer Abwärtsspirale sozialer Rechte. Bei steigender Arbeitslosigkeit wird die Versorgung im Alter und bei Krankheit ausgedünnt und verteuert. Die Qualität der medizinischen Versorgung und die Lebenserwartung eines jeden hängen in hohem Maße von der jeweiligen finanziellen Leistungsfähigkeit ab. Immer deutlicher wird, daß der Reichtum weniger, gleichsam ein Vorrecht auf Zukunft, bei gleichzeitiger zunehmender Mittellosigkeit für viele nicht nur keine Gemeinsamkeit der Betroffenheit, des Einsatzes und der Perspektiven erlaubt, sondern auch zunehmend zu einem Instrument demokratisch nicht

legitimierter Macht und gestalterischen Einflusses auch und gerade in kommunalen Angelegenheiten wird. Die Grundstrukturen der sozialen Welt, Träger auch des gemeindlichen Lebens, verlieren derweil ihre Kohärenz, ihre Tragkraft und ihre Anziehung. Soziale Einrichtungen trocknen aus, weil sie die notwendige öffentliche Förderung nicht mehr erhalten; Solidargemeinschaften lösen sich auf, weil sie dem Druck der dauernden Unsicherheit, der Demoralisierung und der Forderung nach Anpassung nicht gewachsen sind. Mit dieser Entwicklung geht ein Zerfall der öffentlichen Sphäre einher. In den Stadtzentren, wie etwa hier in der Hauptstraße, wird durch Geschäftigkeit nur schlecht ersetzt, was an kultureller und politischer Öffentlichkeit fehlt.

All diese Erscheinungen gehen nicht auf Naturgesetze zurück, sondern auf eine bestimmte Form der wirtschaftlichen und politischen Strukturen, die als Neoliberalismus bezeichnet wird. Diese Figur hat ihren Anfang genommen aus dem Versuch einer grundlegenden Reform des Liberalismus vor ungefähr siebzig Jahren. Ziel sollte es sein, die mit der Moderne vermeintlich verbundenen ökonomischen Zwänge, entstanden aus dem technischen Fortschritt, in ihr Recht zu setzen und deshalb nichts Geringeres als die Änderung des Menschen zu fordern: er müsse anpassungsfähig werden und sich auf dem Markt –

verstanden nicht mehr als Ort des Austauschs von Waren, sondern der Konkurrenz zwischen Menschen – bewähren lernen. In der Folgezeit sind mit zunehmendem Gewicht und unter Berufung auf „Modernität“ und „Fortschritt“ die Forderungen hinzugekommen nach Auflösung aller Traditionen, Institutionen, Solidaritäten, die der Entfaltung solcher Konkurrenzverhältnisse auf allen Ebenen im Wege stehen könnten. In neuer Zeit haben auch sozialdemokratische Regierungen europäischer Länder sich solche Denkfiguren zu eigen gemacht. Dieser Neoliberalismus, der sich im Laufe der Zeit ein ganzes Repertoire an funktionalen, anglo-amerikanisch grundierten Begriffen und verlangten Verfahrensweisen zugelegt hat, versteht sich nicht als Ideologie, sondern als Sachlogik, als die gesellschaftlich bestimmende, herrschende „Vernunft“. Das heißt keineswegs, daß alle Lebensäußerungen oder sozialen Phänomene durch diese Bestimmtheit geprägt wären oder daß es keinen Widerstand gäbe, keine Suche nach Alternativen; es heißt, daß es (noch) keine Orientierungsmuster oder Verständnisweisen im Ganzen, keine „Gesamtvernunft“ gibt, die jener Herrschaft entgegengehalten werden könnte.

Da der Neoliberalismus weniger eine Ideologie, die sich ihrer Überzeugungskraft immer neu zu

versichern hätte, als eine umfassende normative Gestaltungsform ist, braucht er, nachdem seine Grundlagen einmal gelegt sind, keinen sichtbaren Ideologen jener „Gesamtvernunft“, keinen „Philosophen“: er ist, von der Macht auf allen Ebenen gefördert, so alltäglich vorhanden in den Praktiken der Wirtschaftsberater, der Journalisten, der Psychologen, der Dozenten, der Trainer, daß er die Pflege seines Einflusses und die Propagierung seiner Muster einigen zu diesem Zweck geschaffenen Gebilden, Netzwerken und Dienstleistern überlassen kann (Stiftungen, Interessenverbänden, PR-Agenturen), die den Trägern öffentlichen Einflusses formulierte Vorlagen zuliefern. Eine geistige Auseinandersetzung – auch mit seinen eigenen Grundlagen und Auswirkungen – sucht der Neoliberalismus nicht. Seine „Werte“ sind: Anpassung, Demut, Bescheidenheit, Einfachheit, Ehrlichkeit und Fleiß. Es sind die Eigenschaften, die sich dem Bild des Untertans zuordnen lassen, dem ein eigener Ausdruck und eigener Anspruch – an das Leben, an sein Umfeld, an die Gesellschaft – nicht zuerkannt wird.

Eine weiter gehende Morallehre hat der Neoliberalismus nicht. Alleinige Quellen menschlicher Aktivität sind ihm der Eigennutz und die Einlassung in den Wettbewerb. Mit „Freiheit“

meint er allein wirtschaftliche Freiheit, deren Logik und die Wahlmöglichkeit des Konsumenten. Forderungen nach politischer Freiheit oder nach emanzipatorischer Vernunft empfindet er als Bedrohung und Hybris. Fragen nach den Bedingungen einer freien Entfaltung des Menschen oder nach Alternativen gesellschaftlicher Gestaltung erklärt er für unzulässig, Fragen nach dem Sinn (einer Haltung, eines Engagements, eines kollektiven Willens) für sinnlos. Individualität deutet er – anders als der klassische Liberalismus – als demütige Einsicht in die Maßgeblichkeit des Marktes und die Zwangsläufigkeit des gesellschaftlichen Prozesses, der nur von einer – unter sich eng vernetzten – Elite verstanden werden kann. Ihr soll die Aufgabe zufallen, die Allmacht der Marktlogik vor Übergriffen des Staates und Eingriffen einer sozialen Politik zu schützen.

Die Kennzeichen des Neoliberalismus in seiner gegenwärtigen Form sind: hohe internationale Machtkonzentrationen, Globalisierung, Vernetzung, Wegfall nationaler Grenzen; Einschränkung sozialer Sicherungssysteme; das Lob der Konkurrenz und Kontrolle auf allen Ebenen; die Forderung, ein jeder solle sich selbst zum Wirtschaftsunternehmen machen („Ich-AG“) und als Ware sehen („Humankapital“), wissenschaftliche und sonstige

öffentliche Einrichtungen sollten sich („wie in den USA“) als „Unternehmen“ verstehen; Geringschätzung der öffentlichen Sphäre, der Demokratie und aller Formen der Solidarität; weitgehende Auflösung eines emanzipatorischen Anspruchs der Medien (Fernsehen und Zeitungen) zugunsten der Marktlogik. Im Zusammenwirken führen diese Erscheinungen und Muster zu einer tendenziellen Aufhebung der Trennung zwischen öffentlichem (bürgerschaftlichem, kommunalem, staatlichem) und privatem (privatwirtschaftlichem) Bereich, mit der Folge, daß die Verständnisweisen, Logiken und Mittel des „freien Marktes“ bestimmend werden auch für die öffentliche Sphäre. Aus Gesetzen werden Regeln, aus demokratischer Selbstbestimmung wird „good governance“, aus Bürgern werden Konsumenten. Nicht ohne Bedeutung für die Durchsetzung dieser vermeintlich ideologiefreien Rationalität ist die Europäische Union, die unter Berufung auf „Wettbewerb“ auch die Reste öffentlicher Bindung (z. B. bei Bahn, Post, Sparkassen, im Gesundheits- und Erziehungswesen) abgestreift sehen will.

Die Annahmen des Neoliberalismus haben sich als so falsch erwiesen wie seine Wirkungen, die häufig neutralisierend und vereinfachend als „Preis der

Moderne“ bezeichnet werden, als verheerend. Und doch bleiben seine Parteilänger und sein Gestaltungsanspruch. Verstaatlichungen erscheinen nicht als Maßnahmen der Überleitung in ein anderes, überlegenes gesellschaftliches und wirtschaftliches System, sondern als Rettungsversuche am bestehenden. Je anfälliger sich dabei der Patient erweist, desto lauter wird die Forderung, die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen nicht durch Verweis auf entgegenstehende soziale oder kulturelle zu behindern. Der tiefe Eindruck der Bedrohung wird verstärkt durch die immer fordernderen Umweltschäden und die immer drängendere Notwendigkeit, menschliches Verhalten nach dem Maße der Umweltschonung auszurichten. Das Gefühl der Unsicherheit wird erhöht durch die Unfähigkeit der Leitinstanzen, mit glaubhaftem Anspruch moralische Orientierung zu geben. Während für einen Großteil der Beschäftigten es schwieriger wird, einen angemessenen Lebensrahmen zu halten, hat eine vergleichsweise neue Schicht von „consultants“, „Kreativen“ und „networkers“ (einschließlich jener, die ihren Marktwert allein aus dem Politgeschäft ableiten) es verstanden, „Leistung“ und Gegenleistung in ein für sie äußerst günstiges Verhältnis zu bringen in einem Maße, das nur von einer allzu abgeklärten und sozial indifferenten Gesellschaft als nicht anstößig

empfunden werden kann. Aufforderungen zu „ethischem“ Handeln bleiben ohnedies, solange unethisches Handeln einträglicher ist als ethisches, ohne alle Wirkung. Gegenüber der mit dem Neoliberalismus verbundenen Ideologie bleibt ein Denken in Alternativen nur noch für individuelle Entscheidungen („verschiedene Lebensstile“ oder „Lebensgefühle“) zulässig, nicht aber für kollektive, gesellschaftliche Projekte. Die Erscheinungen der Krise hindern den Neoliberalismus, als Denkungsart beigebracht durch Schule, Schulung oder Zwang, nicht daran, den Anspruch an die Gesellschaft und an die einzelnen, ihre Verständnisweisen, Empfindungen und Gefühle immer weiter zu treiben, ohne daß er genötigt wäre, seine kalkulierende Härte zu verbergen. So kann er von den „human resources“ höchste Effizienz, totales Engagement, kontinuierliche Perfektionierung, gleichzeitig permanenten Wandel und Gefühle („emotionale Intelligenz“ oder „emotionales Kapital“) verlangen – wenig bekümmert darum, daß Gefühle, die missbraucht werden, sterben. Auch dort, wo die zersetzende Wirkung dieser Denkungsart durchaus gesehen wird, bleibt die Kritik verhalten: man soll sie „zähmen“ oder ihre „Auswüchse“ verhindern. Die Kritik an ihren augenfällig negativen Alltagserscheinungen bleibt meist halbherzig und inkonsistent. Häufig endet sie mit der teils hilflosen,

teils zynischen Vorspiegelung tatsächlich nicht gegebener Wahlmöglichkeiten („Wie wollen wir leben?“, „Mach’ mehr aus deinem Typ!“, „Du musst dein Leben ändern“) und erzeugt so immer neu genährte Schuldgefühle.

Das Gewicht einer anderen Vergangenheit und der Erinnerung – so scheint es – ist für die Gegenwart gering, geringer noch das der Zukunft und der Vorstellung von ihr.

Dieser grob skizzierte Rahmen ist auch bestimmend für die kommunale Politik; jedoch sagt er nichts oder wenig über die verfolgbaren Ziele und die Möglichkeiten, diesen Rahmen – wo nötig oder wünschenswert – zu überschreiten.

## **Unser Anliegen**

Unsere Grundauffassung ist leicht zu umreißen: es ist die Auffassung, die Menschen könnten ohne die Beschränkungen und das Leiden durch die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse mehr an Solidarität, Verständnis, Feinsinn und Lebensentfaltung gewinnen.

Wir sehen wohl die Gefahren eines etablierten Neoliberalismus. Er verbraucht den von Generationen geschaffenen sozialen und kulturellen Reichtum der Gesellschaft, ihre Energien, ihre Hoffnungen, ihre Fähigkeiten zu Utopie, zur gesellschaftlichen Vorstellung, und setzt an die Stelle: nichts.

Und doch teilen wir nicht die Meinung, es sei kein Kraut gewachsen gegen diese zersetzende Kraft. Als eine erste Form des Widerstandes stellen wir an die Welt theoretisch und praktisch die Frage, wie sie anders – demokratischer, menschengeneigter, friedlicher, ökologischer – eingerichtet sein könnte. So gut wir können, wollen wir uns einen Reim machen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und unsere eigenen Vorstellungen zu ihnen. Ganz ohne Orientierung sind uns dabei die Allgemeinbegriffe, die gern und häufig die Reden am Feiertage oder Parteiprogramme schmücken; im Gegenteil: unser Anliegen ist es, in allen Bereichen nach den Bedingungen zu fragen, von denen im konkreten Fall das Erreichen eines gewünschten Erfolges oder die Verhinderung eines zu missbilligenden Zustandes abhängig ist. Mit gutem Grund gehen wir davon aus, daß all diejenigen, die die Menschenwürde ohne weiteres für unantastbar erklären, nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit der Frage nachgehen,

in welchen konkreten Formen diese Würde tatsächlich täglich tausendfach angetastet wird und welche konkrete Bedingungen gegeben sein müssen, damit sie in einem emanzipatorischen Prozess sich entfalten kann.

### **Die Stadt, in der wir leben wollen**

Wir nehmen die Stadt, als wenn sie ein Wesen wäre mit eigenem Leben. Sie ist ein Gebilde mit Eigenheiten, mit Gedächtnis und Geschichte und mit einem Recht hierauf. Sie ist fragil und verletzlich und braucht Bürger, die sie verstehen, sie ernst nehmen und sich um sie kümmern. Daß sie besteht und weiter bestehen kann, ist keine natürliche Gegebenheit. Die landschaftlichen und städtebaulichen Eigenheiten, ihre Funktionen und Traditionen, Straßen und Plätze machen sie zu einem höchst komplexen Gefüge, das von jedem, der an ihr und in ihr einschneidende Veränderungen veranlassen will, Verständnis und Behutsamkeit fordern lässt. Mag eine Stadtgestalt nicht durch eine (ganze) Bausünde zerstört werden können – durch zwanzig halbe kann sie es. Ganz unverträglich ist für die Stadt ihre Zurichtung als Objekt für Marketing-

und Imagekampagnen. Gerade die Bemühungen, im internationalen Wettbewerb Unverwechselbares zur Geltung zu bringen, können, weil der Marketinggeist in allen Städten recht ähnlich ist, dazu führen, daß die Stadt um ihre Eigenheiten und ihre Eigenart gebracht wird.

Die Stadt ist kein „Unternehmen“ und eine Stadt, die sich anders – nämlich als privatwirtschaftlichen Betrieb – verstehen würde, wäre ihrem Selbstverständnis nach keine mehr. Die Stadt ist nicht Kulisse für irgendeinen „urbanen“ Lebensstil, sondern in wesentlichen Teilen öffentlicher Raum. Es darf zu ihm keine Zugangsvoraussetzungen geben. Der städtische Raum ist ein Raum der Gleichheit und er muss es sein. Er hat dem Grundsatz nach ein Recht darauf, freigehalten zu werden von einer Zurichtung nach Kapitalinteressen und ihren Trägern, auch dort, wo diese sich als Freunde der Kultur und des Festes geben. Die Stadt verträgt sich nicht mit allzu viel Klamauf, Kitsch oder Entstellung. Wir setzen uns dafür ein, daß nur öffentliche Interessen es sein dürfen, die schwerwiegende Veränderungen des Gefüges der Stadt und ihres freundlichen Bildes rechtfertigen könnten.

## **Unsere Ziele und Forderungen**

Wir treten ein für eine Politik des sozialen Ausgleichs und der praktischen Solidarität. Wenn wir Partei nehmen für die Schwachen und Bedürftigen, dann deshalb, weil wir darin einen Kampf gegen die Armut und die bestehende, fortschreitende und alle Lebensäußerungen beeinflussende soziale Ungleichheit sehen. Wir nehmen den, der Armut zu bekämpfen fordert, nur dann ganz ernst, wenn er auch gegen die Verarmung kämpfen will.

Unser Leitgedanke ist der der Gleichheit. Gleichheit muss betrachtet werden als ein normatives Prinzip, das mit emanzipatorischem Anspruch nach oben hin weist und wirkt, nicht aber als Gleichmacherei nach unten. Gemeint ist folglich, daß wir uns gegen jede Art der Diskriminierung wenden. Selbstverständlich bestreiten wir einem jeden das Recht, die einen zu erhöhen und für nützlich auszugeben, die anderen aber für überflüssig zu erklären und in ihren Fähigkeiten verkümmern zu lassen. Es darf keine Bürger zweiter Klasse geben, keine Unterscheidung in Wohlhabende, Wohltäter, Leistungsträger einerseits und Arme, Alte, Arbeitslose andererseits. Wir gehen aus von einem Recht aller auf ein

menschenwürdiges Leben, das an keinerlei Vorbedingungen geknüpft sein darf. Soziale Rechte können nicht abhängig gemacht werden von Gegenleistungen, besonderen Eigenschaften oder wirtschaftlichem Kalkül.

Als Ausdruck der Gleichheit, die wir meinen, wenden wir uns gegen das Auseinanderdriften der Stadtteile und ihre zunehmende Aufspaltung in Wohnviertel des gehobenen Bedarfs einerseits und den Mietwohnungsbau mit einem weit überproportionalen Satz von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern andererseits. Es ist Aufgabe der städtischen Politik, einer solchen Spaltung mit allen planerischen Mitteln entgegenzuwirken, die der Gemeinde zur Verfügung stehen. Eine politische Gemeinde ist auf ein Mindestmaß an empfundener und empfindbarer Einheit angewiesen, wenn sie die schwerwiegenden Folgen (Jugendkriminalität, Verwahrlosung, Alkoholismus, Gewalt) von immer weiter fressenden Trennungen in der Stadtstruktur vermeiden will.

Der Leitgedanke der Gleichheit liegt auch zugrunde, wenn wir uns für Solidarität einsetzen und jeweils nach den konkreten Bedingungen fragen, unter denen ein solidarisches Leben möglich ist. Förderung der Solidarität heißt auch, daß wir für die

Unterstützung aller sozialen und kulturellen Organisationen eintreten, die sich gegen den Triumph des Egoismus wenden, der keinen anderen Maßstab kennt als den persönlichen Erfolg und die Behauptung des persönlichen Vorteils in der Konkurrenz.

Mit Vorbehalt stehen wir dem Begriff der „Chancengleichheit“ gegenüber. Er hatte und hat als Forderung nach gleichen Lebensbedingungen für benachteiligte Gruppen oder Schichten durchaus seine Berechtigung. In dem Maße aber, in dem der emanzipatorische Anspruch zurückgewichen ist, tritt eine andere Bedeutung in den Vordergrund: die „Chancengleichheit“ wird nicht mehr als Forderung verstanden, sondern als behauptete Wirklichkeit, als Legimitations- und Auswahlprinzip. Privilegien aller Art sollen sich so auf persönliche Erfolge im – tatsächlichen oder fiktiven – Wettbewerb zurückführen lassen. Als Wettbewerbsprinzip verstanden, täuscht die „Chancengleichheit“ gerade den, der sie ernst nimmt, darüber hinweg, daß die Ausgangsbedingungen im konkreten Wettbewerb regelmäßig ganz ungleich sind und daß sie denjenigen, der die ihm zuge dachte Chance eben nicht wahrgenommen hat, als „Verlierer“ sehen läßt, bei dem die Zuordnung zu „Problemgruppen“ und der Ausschluss aus der geordneten Welt wenn nicht

gerechtfertigt, so doch verständlich ist. Wenn es – gerade in Zeiten der Krise – naheliegt, gegenüber der Wirklichkeit auf die Möglichkeit, gegenüber der prekären realen Lage auf die Chance zu verweisen, sind urteilende Zuordnungen („winners“ und „losers“) für viele verletzend. Am schwerwiegendsten, bezogen auf die individuellen und sozialen Folgen ist es, daß die Figur der Chancengleichheit jenen Verlierer leicht mit einem Schuldvorwurf zurücklassen kann, als sei er von einer Art Jüngstem Gericht zu Lebzeiten verurteilt: er hatte – so hält man ihm und so hält er sich selber vor – seine (in Wahrheit imaginäre) Chance und er hat sie nicht genutzt.

Ähnlich verhält es sich mit der „sozialen Gerechtigkeit“. Im Ausgangspunkt durchaus der „Gleichheit“ verwandt, ist dieser Begriff durch den neoliberalen Gebrauch nahezu auf sein Gegenteil festgelegt worden. Der Hinweis, daß sich kein absolutes Maß an „sozialer Gerechtigkeit“ bestimmen lasse und daß das Adjektiv „sozial“ dem ohnehin in seinem konkreten Gehalt schwer zu fassenden Begriff „Gerechtigkeit“ vollends jede inhaltliche Aussage nehme, wird als Grund dafür genommen, diesen Begriff nur noch als „Angemessenheit“ („Einem jeden, was ihm gebührt“) zu deuten und ihn so zu einem der

Differenz, der Ungleichheit zu machen. Obendrein hat der Begriff der Gerechtigkeit durch die Versuche, ihn in „Leistungsgerechtigkeit“, „Generationengerechtigkeit“, „Teilhabeerechtigkeit“ aufzugliedern und zu „erweitern“, zumindest das an Ernst und Gewicht verloren, was er an Breite gewinnen sollte. Zurückzukehren zum Ausgangsbegriff der Gleichheit hat den Vorteil der klaren Aussage. Es vermeidet obendrein die Bittstellerhaftigkeit, die der Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ notwendigerweise anhaftet: der Knecht, der – sagen wir: von Rousseau beeinflusst – gegenüber dem Herrn auf Gleichheit beharrt, vertritt nicht nur seine Würde als Mensch, sondern stellt gleichzeitig das Prinzip der Herrschaft in Frage; derjenige, der heute soziale Gerechtigkeit fordert, rüttelt am Datum der Ungleichheit nicht.

Wir sind – wie übrigens alle anderen auch – für Freiheit. Doch richten wir unser Augenmerk dabei nicht auf Finanzmärkte oder Unternehmen, sondern auf die konkreten Bedingungen, unter denen Freiheit für Menschen möglich ist. Unser vorrangiges Ziel ist nicht die freie Gesellschaft von Menschen, sondern die Gesellschaft freier Menschen.

Freiheit, meinen wir, setzt Macht voraus. Unter den gegebenen Verhältnissen ist es vor allem die Macht

zur Negation: wir erlauben uns die Erkenntnis und das Urteil, daß wir uns nicht verstehen wollen als seien wir immer und in allem in Geschäfte und Konkurrenzen hineingestellt, in denen wir uns nur mit Geschick und Unternehmerattitüde behaupten könnten. Wir sehen unsere Freiheit darin, daß wir die geforderte Anpassung verweigern, uns nicht als Ware verstehen und auch nicht so behandeln lassen wollen, daß wir beharren auf dem Eigenen und auf den Formen der Solidarität. Wir weigern uns auch, in jenen Vorgaben eine natürliche Ordnung am Werk zu sehen. Und eben einen Ausdruck unserer Freiheit sehen wir darin, den Devisen „Mach’ dir keine Idee“ und „Es gibt keine Alternativen“ das Gegenteil entgegenzusetzen: das Nachdenken und die Diskussion darüber, wie Elemente einer anderen Vernunft und einer anderen Moral wirksam werden könnten.

Weil wir die Freiheit schätzen, sind wir für die Demokratie als deren politischer und sozialer Form – bei aller Kritik an ihrem realen Zustand. Wir setzen uns deshalb vor allem für die Bedingungen ein, unter denen auf der gemeindlichen Ebene so etwas wie Demokratie überhaupt erst möglich ist. Bei allen öffentlichen Anliegen fordern wir ein Höchstmaß an Offenheit und an Teilnahmemöglichkeit für jeden Bürger. Dazu gehört die Forderung nach

Offenlegung, nach Einsicht in Unterlagen und nach Transparenz der beteiligten Interessen, insbesondere auch bei öffentlichen Vergaben. Bürgerentscheide halten wir für geeignete Mittel lebendiger Demokratie. Weil die so verstandene Demokratie – jedenfalls auf der kommunalen Ebene – doch eine Möglichkeit der Teilnahme bietet, wollen wir die Verfügung über sie nicht denen überlassen, die sie nur so lange gelten lassen wollen, als sie dem „Fortschritt“ nicht im Wege steht.

Richtschnur – mehr noch: Maßstab – ist für uns in kommunalen Angelegenheiten das, was sich mit dem Begriff der öffentlichen Vernunft, verstanden als ein Ensemble von Erfahrungen, normativen Elementen, reflexiven Prozessen, Fragen nach Gründen und Motiven und evidenten öffentlichen Interessen, fassen lässt. Wenn – nur als Beispiel – nicht eine offensichtliche städtebauliche Notwendigkeit, sondern viel eher eine Image(„Stadt am Fluss“)-werbung, geboren aus einer Wahlkampfidee, Anlass für Millionenprojekte mit langfristiger Mittelbindung wäre; wenn bei solchen Projekten keine Abwägung erfolgen würde nach Dringlichkeit und sozialem Nutzen oder die Frage nach den jeweiligen Interessen ungestellt bliebe – dann wäre der Bereich dieser öffentlichen Vernunft verlassen. Wir werden

uns nach Kräften bemühen, daß er nicht überschritten wird.

Der gleiche Grundsatz führt uns zu einer gewissen Abneigung gegen eine zunehmende Übung in der Stadt, die nur auf den ersten Blick nichts Falsches an sich hat: die Wohltätigkeit. Lassen wir ihren oft recht heuchlerischen Charakter beiseite (sie gibt sich selbstlos und kalkuliert doch nach Wirksamkeit, Gelegenheit und Form sehr genau den erzielbaren symbolischen Gewinn); lassen wir auch beiseite, daß Wohltätigkeiten leicht den Geber hervorheben und den Nehmer kränken können – was mit unserem Verständnis von Gleichheit und Demokratie keinesfalls vereinbar ist, ist die mit der „Wohltätigkeit“ verbundene Privilegierung der Macht, die es häufig auch erlaubt, Bedingungen zu diktieren, und die Tatsache, daß die Interessen und der Geschmack einzelner Wirkprinzip sein sollen für öffentliche Gestaltung. Besonders bedenklich ist die Wohltätigkeit, wenn sie institutionell auftritt: als Stiftung. Diese Stiftungen sind teilweise Maschinen der Macht („Denkfabriken“) mit einem durch nichts legitimierten Einfluss auf Regierungen und Gesetzesvorhaben, häufig – wie etwa in der Beschäftigungs- und Bildungspolitik – mit weit reichenden Folgen. Seine Wirksamkeit wie auch sein Recht zur Ingerenz in im Grunde öffentliche

Angelegenheiten leitet ein Teil dieser Stiftungen – für organisierte Interessengruppen und NGO's gilt ähnliches – gerade von der Einkleidung in Selbstlosigkeit und interessenfreie Philanthropie her.

Wohltätige Leistungen sollten einer öffentlichen (kommunalen) Verfügung unterstellt werden mit der Möglichkeit einer Entscheidung nach Dringlichkeit und Bedeutung der zu fördernden Anliegen. In vielen Fällen genügt es im übrigen, nicht zu geben, sondern nicht zu viel zu nehmen. Von den Eigentümern, die Gewerberaum – etwa in der Hauptstraße – vermieten, würden wir uns wünschen, daß sie neben dem Eifer, den Mietzins – oft ohne auf die Folgen zu achten – ins Maßlose zu treiben, der Einsicht in ihre mögliche Mitverantwortung für die Zerstörung des Stadtgefüges Raum lassen.

Aus dem gleichen Prinzip folgt unsere Abneigung gegen Public-Private-Partnerships. Es sind verschiedene Logiken und Rationalitäten, die einerseits in der öffentlichen Sphäre und andererseits in der Interessenwelt des Finanzkapitals bestimmend sind.

Die gleichen Erwägungen leiten uns bei der Frage der Ökologie. Ökologie ist nicht dafür da, um bei

dem, der es sich leisten kann, dem Vorteil biologischer Ernährung den weiteren einer ethischen Überlegenheit („Ich kaufe aus Verantwortung nur Bio“) hinzuzufügen. Wohlverstandene, sowohl wirksame wie auch soziale Ökologie stellt nicht Ökologie einerseits und soziale Welt andererseits bezuglos nebeneinander, sondern verbindet beide. Nur ein auf Solidarität begründetes Verständnis kann in der Lage sein, ein gelingendes Verhältnis zwischen Natur und Menschen gerade im städtischen Raum zu schaffen. Das bedeutet, daß dem öffentlichen Reichtum (etwa an Versammlungsräumen, Bädern und Hallenbädern, öffentlichen Verkehrs- und Versorgungssystemen, Schulen, Freizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Kindergärten und Altersheime) der Vorrang zu geben ist vor dem privaten. Kriterium für diesen öffentlichen Reichtum und folglich Gegenstand der kommunalen Sorge ist auch die sozial und ökologisch sinnvolle Ordnung gleichsam öffentlicher Funktionen, etwa die leichte Erreichbarkeit von Geschäften des täglichen Bedarfs. Ziel der ökologischen Politik ist nicht die Sicherung eines hohen, verschwenderischen Lebensstandards für einige, sondern die Gewährleistung eines ausgewogenen und schonenden Naturverhältnisses für alle. Nicht nur, daß die Bedürfnisse und Tendenzen, in Absetzung voneinander sich

gegeneinander in Positur zu setzen – bedenkt man, wie viel Gemeinsames doch die Menschen in ihrem Erdendasein verbindet –, einen Stich ins Absurde haben; sie sind auch meist platzgreifend und in hohem Maße unökologisch. Wir sollten ihnen keinen Raum lassen.

Wir sehen die Gefahren, die der Stadt aus einem Verlust der öffentlichen Sphäre drohen. Wir sind der Auffassung, daß die die Gesellschaft berührenden Fragen auf allen Ebenen zur Diskussion gestellt werden müssen und daß es Aufgabe der Gemeinde ist, die notwendigen Debatten in jeder Form zu organisieren oder zu unterstützen.

Ein wichtiges Anliegen ist uns der Erhalt des öffentlichen Raumes in jeder Form. Dies gilt umso mehr, als die modernen Technologien gelegentlich mit der Behauptung einhergehen, die Stadt im eigentlichen Sinne habe ausgedient, Kommunikation erfolge nicht mehr über öffentliche Debatten, sondern über das Internet. Mögen die neuen Medien Mittel zu Information und Organisation sein, können sie doch nicht den öffentlichen Raum als Ort des Erlebens, der physischen Begegnung, der Erfahrung, des Lernens und ein Stück weit auch der Herausbildung des ästhetischen Urteils ersetzen.

Dies gilt umso mehr, als neue Medien und Internet menschliche Verhältnisse eher virtualisieren als sie mit Einlassung auf den anderen tatsächlich zu ermöglichen, und die Macht dieser Medien eher den Nutzer ihren Gesetzen und ihrer Kontrolle unterwirft, als daß dieser sich ihrer einfach und frei als Mittel bedienen könnte. Dieser öffentliche Raum muss Möglichkeiten anbieten, zusammen zu sein, Debatten zu führen, und ebenso auch dem Platz lassen, der in Gesellschaft allein sein will. Wir setzen uns dafür ein, daß in der Stadt, auf Straßen, Plätzen, in Versammlungsräumen und Begegnungsstätten, derartige Räume geschaffen werden und erhalten bleiben.

Wir setzen uns für eine Stärkung des öffentlichen Dienstes in jeder Form ein. Das bedeutet zunächst, daß wir uns gegen Privatisierungen von Einrichtungen wenden, die der Grundversorgung der Bevölkerung in den Bereichen Gesundheit, Kultur, Energie, Verkehr und Wohnen dienen. Wir halten es für eine originär öffentliche Aufgabe, diese Grundversorgung in öffentlicher Form sicherzustellen. Wir können nicht erkennen, weshalb eine Versorgung als öffentlicher Dienst nicht nach sinnvollen Kriterien rationeller Organisation eingerichtet sein könnte. Dem Abbau von Leistungen zur Grundversorgung treten wir entgegen.

Wir halten es auch für eine Pflicht der Stadt, Wohnraum in ausreichendem Maß vorzuhalten, der für die breite Bevölkerung erschwinglich ist. Selbstverständliche Aufgabe der Stadt ist die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs. Auch hier gilt, daß die öffentliche Bindung nicht mit dem Hinweis auf die vermeintliche höhere Effektivität privater Träger abgebaut werden darf.

Kultur braucht selbstverständlich öffentliche Förderung. Wir setzen auf kulturelle Vielfalt und werden gegen jede Art der Bevormundung kultureller Aktivitäten auftreten. Wir sehen in der Förderung kultureller Vielfalt eine notwendige Aufgabe gerade auch deshalb, weil diese Vielfalt ein Gegengift und ein Element des Widerstands gegen kulturelle Gleichmacherei und Banalisierung ist. Wir verstehen Kultur nicht als Distinktionsmittel für gehobene Kreise, sondern als wesentliches Element zur Teilhabe am geistigen Leben. Bedingungen zu schaffen, unter denen diese Teilhabe allen, die es wünschen, möglich ist, sehen wir als vordringliche Aufgabe der Stadt.

Wir treten ein für Friedenspolitik und internationale Solidarität. Wir sind für die Unterstützung von Gruppen in Heidelberg, die aktive Friedenspolitik

mit dem Bestreben verbinden, die manifeste Präsenz militärischer Gewalt in der Stadt zu beenden.

Unsere Ziele lassen sich zusammenfassen in einer Realutopie, in der gegen Zynismus, Kalkül, schnelle Vorteile und Anpassung, gegen die negative Utopie einer zerstörerischen und zerstörten Welt das Bild einer solidarischen, offenen Gesellschaft steht, in der diese Solidarität gleichzeitig Ausgangspunkt ist für die Entfaltung eigener Individualität.

## **Bedingungen und Möglichkeiten**

Es ist offensichtlich, daß wir unsere Ziele nur gemeinsam mit Gruppen und sozialen Bewegungen verfolgen können, die mit praktischen Interessen einen Anspruch auf eigene freie Entfaltung verbinden. So sind wir für die Förderung autonomer Zentren, der politischen und kulturellen Gruppen im Karlstorbahnhof, der sozialen Selbsthilfegruppen und der frauenspezifischen Einrichtungen und Projekte in Heidelberg.

Wichtig ist für uns die Mitarbeit in Bürgerinitiativen gerade auch dort, wo ihre Zielsetzungen auf Erhaltung gerichtet sind, sie sich also nicht für

Veränderungen, sondern gegen Zerstörung des Stadtgefüges wenden. Bürgerinitiativen sind in der gegenwärtigen Lage deshalb so bedeutsam, weil sie, indem sie sich für den Erhalt der städtischen Lebendigkeit einsetzen, gleichzeitig selbst Ausweis für das Bestehen ebendieser Lebendigkeit sind. Sie verdienen alles öffentliche Wohlwollen.

Natürliche Verbündete sind für uns auch Einzelne, deren moralische Haltung oder Interesse an der Stadt sie zum Handeln aus konkretem Grund veranlasst.

Die Bunte Linke ist mit einem Stadtrat – Arnulf Weiler-Lorentz – im Gemeinderat vertreten. Er ist oft mit seiner Meinung und Stimme allein geblieben und hat doch unsere Anliegen, so gut es möglich war, wirksam vertreten. Zur Kommunalwahl 2009 tragen wir einen Wahlvorschlag zusammen mit der Partei DIE LINKE. Aus dem gemeinsam erstellten Programm sind die kommunalpolitischen Forderungen im einzelnen wie auch die Gründe für diese Listenverbindung ersichtlich.

Die Vertretung im Gemeinderat stellt für uns kein eigenständiges Ziel dar. Wir sehen darin vielmehr ein Mittel, unsere Ziele im öffentlichen Bewusstsein zu halten und auf sie hinzuwirken und gleichzeitig

die Zusammenarbeit mit politischen, kulturellen und sozialen Initiativen und Gruppen zu fördern.

Unsere Hoffnungen in die anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien sind verhalten.

Die CDU ist in den gegebenen Umständen gerade das nicht, was sie als ihr Kennzeichen aus gibt: konservativ, also erhaltend. Ihr Interesse am Erhalt des Stadtgefüges ist, alles in allem, eher gering und wenn es nicht ganz entfällt, dann deshalb, weil es auch in ihren Reihen Widersprüche gibt, die zum Teil wohl auf ein Unbehagen an der „Moderne“ und den gegenwärtigen Tendenzen zurückgeführt werden können.

„Sozialdemokratisch“ ist heute ein Begriff der Verlegenheit. In der neoliberalen Welt, die die SPD zu einem Gutteil mitgestaltet hat, ist ihr im Grunde keine Funktion gelassen, aus der sie ein kohärentes Selbstbewusstsein gewinnen könnte. Ihre Positionen sind zwangsläufig schwankend. Doch ist es wohl möglich, sie in konkreten Fragen für Positionen zu gewinnen, die einer entschieden demokratischen, entschieden sozialen Politik entsprechen.

Die FWV und ihr spezifisch Heidelberger Ableger, die „Heidelberger“, können wegen ihrer beschränkten

kommunalen Betrachtungsweise und ihrer allzu konkreten Interessenorientierung als Träger einer im umfassenden Sinne demokratisch und sozial orientierten Kommunalpolitik schwerlich in Betracht kommen. Abstimmungen in einzelnen Angelegenheiten sind jedoch denkbar.

Für die Grünen ist, wenn man den Aussagen ihrer Sprecher folgt, die Sache klar: sie fühlen mit den Arrivierten und den Aufsteigern. Bisweilen nicht fern dem neoliberalen Gedankengut, haben sie im Grunde doch eine andere Herkunft. Ob die Erinnerung daran ihre Entwicklung – und damit die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen – beeinflussen wird, bleibt abzuwarten.

Die GAL, von der Belastung durch die Grünen befreit, könnte aufatmen; doch ihr Versuch, sich neu zu begründen, ist eher rückwärtsgewandt und lässt eigene Konturen nicht erkennen. Doch kleine Hoffnungen – für eine sinnvolle Zusammenarbeit – könnten sie vielleicht jetzt doch wieder tragen.

Der Oberbürgermeister fühlt sich wohl zu vielen Interessen verpflichtet, um behutsam mit der Stadt umgehen zu können. Man muss ihm bei Großprojekten in den Arm fallen.

Wie weit es gelingen kann, die reale Entwicklung gemäß unseren Zielen zu beeinflussen, hängt vom Einsatz und von der Beteiligung möglichst vieler, möglichst aller ab, denen die Stadt und die Gesellschaft ein Anliegen ist.

Es sind die politische Lage im Ganzen und die konkreten Verhältnisse in Heidelberg, die uns keine andere Wahl lassen, als – wenn auch mit bescheidenen Kräften – uns gegen die Zerstörung des Stadtgefüges zur Wehr zu setzen und gleichzeitig praktisch und theoretisch nach den Bedingungen zu fragen, unter denen eine freie, gleiche, solidarische Gesellschaft möglich ist – kurz: eine Zukunft.

## **Impressum**

Bunte Linke

Postfach 120165

69065 Heidelberg

[www.bunte-linke-hd.de](http://www.bunte-linke-hd.de)

Stand: April 2009

Stellungnahmen, Anregungen und Kritik zu diesem Text  
können sich folgender E-Mail-Adressen bedienen:

[zimmermann.hd@t-online.de](mailto:zimmermann.hd@t-online.de) oder [jose.romera@web.de](mailto:jose.romera@web.de)